

Rede

Armin Laschet MdL

Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen
Fraktionsvorsitzender der CDU Landtagsfraktion
stv. Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands

anlässlich

der 66. BKU-Bundestagung

am 25. September 2015

Thema: Zum Unternehmer berufen

- es gilt das gesprochene Wort -

Begrüßung

Liebe Marie-Luise Dött

(BKU-Bundesvorsitzende)

Sehr geehrter Herr Mario Ahlberg,

(Vorsitzender der Diözesangruppe Berlin des BKU)

meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit, ein paar
Worte zu sagen.

THEMA: Zum Unternehmer berufen

Das Thema unter dem die Jahrestagung des BKU steht, lautet:
„Zum Unternehmer berufen“.

Zu diesem Thema ist mir eine Bibelvers eingefallen, der glaube ich sehr gut passt. Im Lukasevangelium heißt es: „Wer viel empfangen hat, von dem wird viel verlangt; und wem viel anvertraut worden ist, von dem wird viel gefordert.“ (Lk 12,48)

In diesem Vers spiegelt sich die christliche Sicht auf den Unternehmer sehr gut wieder. Es ist eine Sicht auf Marktwirtschaft und Unternehmertum, die uns Christdemokraten leitet und vor beinahe sieben Jahrzehnten zur Idee der Sozialen Marktwirtschaft geführt hat.

Der christliche Glaube verneint Marktwirtschaft und Unternehmergeist keinesfalls. Und diejenigen, die Papst Franziskus mit den Worten zitieren, dass unser Wirtschaftssystem „in der Wurzel ungerecht“ sei, die haben ihm nicht bis zum Ende zugehört oder ihn nicht richtig verstanden.

Der Papst lehnt den Markt nicht grundsätzlich ab und er empfindet unser Wirtschaftssystem auch nicht als „in der Wurzel ungerecht“, zumindest nicht solange, wie es die Armen nicht sich selbst überlässt.

Die Botschaft des Papstes ist also ganz klar: er bejaht Marktwirtschaft und Unternehmertum, fordert jedoch, dass sie den Menschen dienen.

Demzufolge ist ein Unternehmer im christlichen Sinne ein Mensch, der Verantwortung übernimmt. Verantwortung für sich selbst, aber vor allen Dingen auch für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, seine Kunden und Geschäftspartner sowie für die Gesellschaft im Ganzen.

Zudem bedarf es einer funktionierenden Wirtschafts- und Sozialordnung. Marktwirtschaft darf sich nicht in einem institutionellen, rechtlichen und politischen Leerraum abspielen.

CHRISTLICHES MENSCHENBILD

Grundlage einer christlich motivierten Wirtschaftsordnung und -politik ist das christliche Bild vom Menschen.

Dieses Menschenbild stellt den Menschen uneingeschränkt in den Mittelpunkt jedes politischen Handelns. Der Mensch ist und bleibt Dreh- und Angelpunkt.

Dabei definiert unser Menschenbild den Menschen als vernunftbegabtes, doch von Natur aus unvollkommenes Wesen, zu dessen elementaren Eigenschaften eine natürliche Verschiedenheit von Profilen und Begabungen zählt.

Auf Grund der unantastbaren individuellen Würde des Menschen ist es an uns, diese Unterschiedlichkeit so anzunehmen und die Stärken eines jeden einzelnen zu fördern.

Die unbedingte Freiheit des Menschen setzt nach diesem Verständnis deshalb immer auch Ungleichheit voraus. Diese Ungleichheit darf jedoch nicht zu Benachteiligung und Diskriminierung führen. Demzufolge kann Freiheit nie grenzenlos sein, sondern sie ist stets verbunden mit persönlicher Verantwortung und gesellschaftlicher Solidarität.

Die gesellschaftliche Solidarität meint nach christlich-demokratischer Auffassung nicht Gleichmacherei und genauso wenig den Zusammenhalt Gleicher mit Gleichen. Solidarität verstehen wir als die Unterstützung der Schwachen durch die Starken.

ZUM UNTERNEHMER BERUFEN

Menschen, die sich entscheiden, selbständig und unternehmerisch tätig zu sein, gehören zweifelsohne zu den Starken.

Es braucht ein hohes Maß an Mut, Fleiß, Ideenreichtum, Durchhaltevermögen, Risikobereitschaft, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewusstsein, um unternehmerisch tätig zu sein.

Wer danach strebt, ein regelmäßiges und gesichertes Einkommen zu haben, wer 30 Tage Urlaub im Jahr und am Wochenende frei

haben möchte und wem ein pünktlicher Feierabend wichtig ist, der wird sicher kein Unternehmer.

Das Wort „selbständig“ drückt es genauso aus, wie es ist: Unternehmer arbeiten selbst und ständig.

Zum Unternehmertum gehört Herzblut und deshalb ist es auch richtig wenn man sagt: zum Unternehmer wird man nicht einfach so, sondern zum Unternehmer wird man berufen. Und nur derjenige, der sich wirklich berufen fühlt, ist ein guter und erfolgreicher Unternehmer.

Die Stärke und Kreativität, der Mut und Ideenreichtum, die Risikobereitschaft und Weitsicht, der Unternehmergeist und Intellekt, alle Eigenschaften, die einen Unternehmer ausmachen, sind ein wunderbares Geschenk. Sie sind Gaben und Talente, die nicht jeder Mensch besitzt und die deshalb als etwas Besonderes erachtet werden müssen.

Aus diesem Grund ist es auch richtig, für diese Gaben und Talente dankbar zu sein und die Verantwortung anzunehmen und wahrzunehmen, die mit ihnen verbunden ist.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Ludwig Erhard sagte: „Freiheit ohne das Gefühl der Bindung und Verantwortung treibt zur Entartung und zum Chaos!“

Der erste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung geschaffen, deren konstituierender Kern dieser Gedanke ist.

Die Soziale Marktwirtschaft verbindet Freiheit und marktwirtschaftliches Handeln mit Solidarität und sozialem Ausgleich. Sie ist damit nicht nur eine Wirtschafts- sondern auch eine Werteordnung, die sich klar zu den persönlichen Freiheitsrechten und der Eigenverantwortung des Einzelnen auf der einen Seite und den ergänzenden sozialpolitischen Maßnahmen des Staates auf der anderen Seite bekennt.

Die zentralen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft bestehen demnach darin, für Leistungs- und Chancengerechtigkeit zu sorgen und allen Mitgliedern der Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

UNTERNEHMER IN DER SOZ. MARKTWIRTSCHAFT

Dem Unternehmer kommt in dieser Wirtschafts- und Sozialordnung eine ganz besondere Bedeutung zu, denn er übernimmt eine tragende Rolle.

Dabei ist natürlich ganz klar, dass der Unternehmer von verschiedenen Motiven geleitet ist. Er möchte Geld verdienen, er will eine Idee verwirklichen und gestaltend wirken, es geht ihm ums soziale Prestige oder vielleicht auch um Macht. Alle diese Beweggründe sind völlig in Ordnung.

Doch Führungskräfte sind auch dazu berufen, die Wirtschaft entsprechend den Prinzipien der Würde des Menschen und des Gemeinwohls zu gestalten.

Die Wirtschaft dient den Menschen, sie versorgt die Menschen mit Gütern und Dienstleistungen und trägt so ganz erheblich zum materiellen und geistigen Wohlergehen der Gesellschaft bei.

Die Unternehmer sind die Antriebsfedern der Wirtschaft. Sie erkennen die Bedürfnisse der Menschen und schaffen Angebote, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Dies gilt für klassische Unternehmer ebenso wie für die jungen Start-Up-Unternehmer.

Gleichzeitig schaffen Unternehmer Arbeitsplätze und damit die Voraussetzung für Menschen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, ihre Familien zu ernähren und ein sinnerfülltes Leben zu führen.

Gerade Letzteres ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir Christdemokraten sehen im Broterwerb nicht nur die Schaffung materiellen Wohlergehens, sondern vor allen Dingen auch eine Quelle der persönlichen Identität und Selbstverwirklichung. Arbeit trägt ganz wesentlich zur freien Entfaltung der Persönlichkeit bei.

Unternehmer, die diese Aspekte im Blick haben und ihre Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Geschäftspartner, Kunden und die gesamte Gesellschaft wahrnehmen, handeln christlich.

Es stellt sich natürlich die Frage, wie Unternehmer diesen Idealen gerecht werden können. Die Marktwirtschaft ist ein raues Umfeld und die Kräfte des Marktes kennen keine Rücksichtnahme. Durch Globalisierung und Digitalisierung sowie die zunehmende Dominanz der Finanzmärkte stehen Unternehmer unter einem immer größeren Druck.

In diesem Umfeld erscheint es zunehmend schwierig, das Ganze im Blick zu behalten und neben dem unternehmerischen Erfolg auch das Gemeinwohl nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden drückt in seiner Schrift „Zum Unternehmer berufen“ deshalb zu Recht die Sorge aus, dass Unternehmer Gefahr laufen, zwischen persönlichem Glauben und alltäglicher Unternehmenspraxis zu trennen. Wenn dies geschieht, verlieren Unternehmer schnell das Gemeinwohl aus dem Blick und konzentrieren sich auf falsche Werte und Ziele. Der Päpstliche Rat umschreibt dies als „fehlgeleiteten Tanz um das goldene Kalb.“

Dazu darf es nicht kommen. Unser Ziel muss sein, dass ein sozial und ethisch ausgerichtetes Unternehmertum möglich ist und bleibt. Daran muss die Politik arbeiten, in dem sie die richtigen Rahmenbedingungen schafft.

Daran muss aber auch jeder einzelne Unternehmer selbst arbeiten. Er muss sein eigenes Handeln und seine eigenen Entscheidungen stets hinterfragen und dahingehend überprüfen, ob sie seinen Ansprüchen als Christ gerecht werden.

Der Päpstliche Rat formuliert grundlegende Prinzipien an denen sich unternehmerische Entscheidungen orientieren sollen. Das sind der Respekt vor der Menschenwürde, der Dienst am Gemeinwohl

sowie das Verständnis vom Unternehmen als einer Gemeinschaft von Personen.

Ziele unternehmerischen Handelns sind entsprechend:

- Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, die menschliche Bedürfnisse tatsächlich befriedigen. Dabei sollen Beschaffung, Produktion und Vertrieb so organisiert sein, dass die Belastungen für Mensch und Umwelt so gering wie möglich gehalten werden.

- Schaffung produktiver und sinnstiftender Arbeitsplätze. Die Arbeit muss die Würde des Arbeitnehmers achten und die Möglichkeit schaffen, dass er seine Persönlichkeit zu Entfaltung bringt.

- Sorgfältige und nachhaltige Nutzung von Ressourcen, ein fairer Umgang mit Mitarbeitern und Geschäftspartnern sowie und Wahrnehmung von gesellschaftlicher Verantwortung. Dazu gehören gerechte Löhne und faire Preise für Zulieferer und Kunden sowie Steuerehrlichkeit.

KRITIK AN MARKTWIRTSCHAFT UND KAPITALISMUS

Leider gibt es auch Unternehmen und Unternehmer, die völlig andere Ziele und Ideale verfolgen. Oftmals sind es große, nicht inhabergeführte Unternehmen und Konzerne. Diese Unternehmen und Unternehmer haben Profitmaximierung als höchstes Ziel, sie denken nur von Bilanz zu Bilanz und wollen Geld allein um des Geldes Willen verdienen.

Diese Unternehmer und Manager ordnen ihrem Profitstreben alles andere unter und werden ihrer Verantwortung nicht gerecht.

Dumpinglöhne, Ausbeutung, Umweltverschmutzung, Wettbewerbsverzerrung und Korruption sind Folgen eines solchen Denkens und Handelns. Diese Unternehmer bringen die Marktwirtschaft und den Kapitalismus in Misskredit.

Aber nicht nur Unternehmer und Manager verfallen diesem Denken. Auch wir, als Konsumenten und Arbeitnehmer, tragen Verantwortung. Eine Mentalität im Sinne von „Geiz ist geil“, die Jagd nach dem günstigsten Schnäppchen, das immer Mehr für immer Weniger, beschleunigen die Kräfte des Marktes und verleiten zu unlauteren und unmoralischen Wirtschaftsmethoden.

Eine Wirtschaftsordnung, in der ein solcher Geist dominiert, lehnt Papst Franziskus zu Recht ab. In einer solchen Ordnung zählen falsche Werte, hier dienen die Menschen dem Geld und nicht das Geld den Menschen. Franziskus prangert an, dass in einer solchen Wirtschaftsordnung Menschen abgehängt und aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Wir sollten uns die Worte des Papstes zu Herzen nehmen und immer wieder vergegenwärtigen. Im Berufsalltag fällt das sich nicht immer leicht, denn die Tage sind hektisch und lassen kaum Zeit zur Reflektion. Deshalb ist es notwendig, sich Freiräume zu schaffen und selbstkritisch die eigene Arbeit zu beurteilen.

Wir alle tragen Verantwortung, dass sich unsere Gesellschaft nicht hin zu reinem Materialismus und Profitdenken hin entwickelt. Unternehmer, in dem sie sich beispielsweise an Sozial- und Umweltstandards halten und das Gemeinwohl nicht aus dem Blick verlieren. Und wir Verbraucher, in dem wir Arbeit wertschätzen und bereit sind, einen angemessenen Preis für gute Arbeit und gute Produkte zu bezahlen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre hat deutlich gemacht, dass ein rein profitmaximierendes, kurzfristiges Wirtschaften keine Zukunft hat.

Eine Finanzwelt, die nur ihren eigenen Gesetzen gehorcht und mit produktivem und wertschöpfendem Wirtschaften nichts mehr zu tun hat, dient nicht dem Menschen. Das Gegenteil ist der Fall, sie bringt Unternehmen und Staaten an den Rand des Zusammenbruchs und gefährdet Wohlstand und Sicherheit der Menschen.

Dies hat mit Unternehmertum und Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun, denn es lehnt die Übernahme von Verantwortung ab und orientiert sich nicht am Gemeinwohl.

Es ist unsere Aufgabe als Politik aber auch als Unternehmer, darauf zu achten, dass der Geist der Sozialen Marktwirtschaft und des echten und verantwortungsvollen Unternehmertums wieder an Bedeutung gewinnt. So wie es uns das Evangelium sagt:

„Wer viel empfangen hat, von dem wird viel verlangt; und wem viel anvertraut worden ist, von dem wird viel gefordert.“

Flüchtlingspolitik

Meine Damen und Herren,

diesen Vers sollten wir uns in diesen Tagen aber als Unternehmer, als Politiker, als Christen allgemein zu Herzen nehmen.

Damit komme ich zu dem Thema, dass uns seit einigen Wochen beschäftigt wie kein anderes: der große Zuzug von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten in aller Welt.

Täglich kommen tausende Menschen aus Syrien, aus dem Irak, aus Afghanistan, Eritrea, Somalia und den Balkanstaaten nach Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Sie alle kennen die Bilder der Menschen auf den völlig überfüllten, seeuntauglichen Booten im Mittelmeer und den Menschen, die in Serbien an der Grenze ausharren und irgendwie versuchen, doch noch nach Europa zu kommen

Die meisten von ihnen fliehen vor Krieg und Gewalt, andere aus wirtschaftlicher Not und Perspektivlosigkeit. Sie alle wollen nur eines: Sicherheit und ein besseres Leben.

Jeden einzelnen kann man verstehen. Sie alle lassen all ihr Hab und Gut zurück, viele auch ihre Familie. Sie nehmen ungeheure

Anstrengungen, tagelange Fußmärsche, Schlafen unter freiem Himmel, Fahrten in nichtseetauglichen Schiffen in Kauf, um nach Europa, nach Deutschland zu kommen.

Diese Menschen wurden und werden mit großer Wärme und Herzlichkeit in unserem Land aufgenommen. Unzählige ehrenamtliche Helfer engagieren sich, damit es gelingt, alle Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen.

Es ist eine Herkulesaufgabe, die da vielerorts geleistet wird. Und es ist beeindruckend, wie diese Aufgabe gemeistert wird, vor allen Dingen in den Städten und Gemeinden.

Deutschland zeigt in diesen Tagen ein Gesicht, über das wir uns freuen und auf das wir stolz sind.

Diese Willkommenskultur, diese große Hilfsbereitschaft wollen wir erhalten. Sie ist die Grundlage dafür, dass es gelingt, die zu uns kommenden Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Damit die Willkommenskultur nicht kippt und vor allem die Städte und Gemeinden sowie die ehrenamtlichen Helfer nicht überfordert werden, brauchen wir dringend geordnete Verfahren.

Als sich tausende Menschen von Ungarn aus zu Fuß über die Autobahn auf den Weg nach Österreich und Deutschland gemacht haben, war es richtig, diese Menschen unkompliziert aufzunehmen und in Zügen nach Österreich und Deutschland zu holen.

Ebenso war es aber auch richtig, dass die Bundesregierung vergangene Woche Kontrollen an den Grenzen zu Österreich eingeführt hat. Wir brauchen wieder geordnete Verfahren und wir müssen auch darauf achten, dass die europäischen Vereinbarungen eingehalten werden.

Diese Grenzkontrollen waren auch ein Zeichen an Europa, dass die europäische Solidarität auch in der Flüchtlingsfrage gelebt werden muss und die Last nicht allein von Schweden, Österreich und Deutschland gelebt werden kann.

Dass sich die Innenminister in dieser Woche darauf geeinigt haben, zunächst 120.000 Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen, macht deutlich, dass es wirkungsvoll war.

Am Mittwoch haben sich die Staats- und Regierungschefs zusätzlich darauf geeinigt, Mittel zu Verfügung zu stellen, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Die Anrainerstaaten Syriens werden stärker dabei unterstützt, die Flüchtlinge in ihren Ländern besser zu versorgen. Übrigens haben die Türkei, Jordanien und dem Libanon weit mehr Flüchtlinge in ihren Ländern als wir.

Meine Damen und Herren,

in der aktuellen Situation wird eines ganz klar deutlich: wir brauchen mehr Europa und nicht weniger.

Bislang meinten alle Nationalstaaten, die Asylfrage am besten selbst lösen zu können. Jetzt erleben wir, dass es nicht funktioniert und wir eine europäische Lösung brauchen.

Richtig ist auch, dass der Bund eine größere Verantwortung in der Flüchtlingsfrage übernimmt.

Bereits vor zwei Wochen hat die Bundesregierung angekündigt, Länder und Kommunen mit 3 Milliarden Euro zu unterstützen und selbst weitere 3 Milliarden Euro zu investieren sowie zusätzliche Mitarbeiter beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu einzustellen und 3.000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei zu schaffen.

Vergangene Woche hat die Bundeskanzlerin zugesagt, dass die Bundesregierung 40.000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen schafft und die Koordination der Verteilung der Flüchtlinge an die Bundesländer übernimmt.

Auch diese Entscheidungen sind richtig und wichtig, damit wir zu klaren Strukturen und geordneten Verfahren kommen.

Dazu gehört auch, dass die Anträge schneller bearbeitet werden und alle jene, die kein Anrecht auf Asyl haben, schnell in ihre Heimat zurückgeführt werden.

Manche Politiker polemisieren, man dürfe nicht zwischen guten und schlechten Flüchtlingen unterscheiden.

Das hat niemand getan und darum geht es auch gar nicht. Es geht darum, das Asylrecht anzuwenden und die Kräfte auf jene zu konzentrieren, die tatsächlich ein Recht auf Asyl haben, die vor Krieg und Gewalt fliehen und in erster Linie Sicherheit suchen.

Diese Menschen müssen in die Kommunen und dort so schnell wie möglich integriert werden. Dazu brauchen wir einen schnellen Zugang zu Bildung, mehr Sprachkurse und die rechtlichen Möglichkeiten für eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt.

Hier sind natürlich auch die Unternehmerinnen und Unternehmer gefragt, wenn es darum geht, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen.

Natürlich ist es einfacher, jemanden einzustellen, dessen Muttersprache Deutsch ist, der eine deutsche Schullaufbahn durchlaufen hat und hier ausgebildet wurde.

Aber in der aktuellen Situation brauchen wir auch Unternehmer, die bereit sind, sich zu engagieren und Mühe aufzuwenden, um die Menschen in den Arbeitsmarkt und damit auch in die Gesellschaft zu integrieren.

Meine Damen und Herren,

in diesen Tagen muss man aber auch ehrlich sein und deutlich machen, dass all jene, die kein Anrecht auf Asyl haben, nicht bei uns bleiben können.

Auch eine Politik, die sagt, dass die vorhandenen Ressourcen auf all jene konzentriert werden müssen, die in besonderer Weise unsere Hilfe brauchen, ist verantwortungsvolle Politik.

Das bedeutet aber zugleich, dass alle anderen wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen. Das ist in der Vergangenheit oft nicht durchgesetzt worden. Auch deshalb versuchen viele Menschen, über den Weg des Asyls in unser Land einzuwandern.

Damit dies in Zukunft nicht mehr so häufig geschieht, wird die Bundesregierung strengere Regeln beschließen und dafür sorgen, dass jene, deren Asylantrag abgelehnt wurde, auch wirklich in ihre Heimat zurückkehren.

Zuwanderungsgesetz

Meine Damen und Herren,

wir müssen aber auch, getrennt von der Flüchtlingsfrage, die Frage der Zuwanderung diskutieren.

Ich bin aber der Meinung, dass wir auch jenen Menschen eine Perspektive geben sollten, die in unserem Land arbeiten und deshalb hier einwandern wollen.

Da kann natürlich nicht, wie beim Asyl, humanitäre Hilfe das entscheidende Kriterium sein.

Einwanderung muss sich am Bedarf unseres Arbeitsmarktes und der Wirtschaft orientieren.

Deutschland ist bereits das zweitbeliebteste Einwanderungsland und wir haben zahlreiche Gesetze und Vorschriften zur Zuwanderung, aber da blickt niemand durch.

Deshalb brauchen wir ein Einwanderungsgesetz, das alle bestehenden Regelungen zusammenfasst und so für Transparenz und Klarheit sorgt.

Abschluss

Meine Damen und Herren,

Sie haben Ihre Arbeit in diesem Jahr unter das Motto „Zum Unternehmer berufen“ gestellt. Gerade für Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft ist dieser Titel Anspruch und Aufgabe zugleich.

Ich lade Sie herzlich ein, machen Sie weiter. Bleiben Sie Unternehmer, übernehmen Sie Verantwortung und gestalten Sie unser Land mit.

Herzlichen Dank